

# Wir stehen vor einer Phase der Enttäuschungen

Weltwirtschaft

Schon vor der Finanzkrise 2008 war die US-Wirtschaft krank. Nun droht ein Malaise japanischen Stils. Die Wirtschaft korrigiert sich nicht selbst - die Probleme könnten sich im Gegenteil verschärfen.

Von Joseph E. Stiglitz



Joseph E. Stiglitz, US-amerikanischer Ökonomienobelpreisträger

Bereits kurz nach Ausbruch der globalen Finanzkrise im Jahre 2008 warnte ich, dass es, sofern nicht die richtigen Strategien umgesetzt würden, zu einer Malaise japanischen Stils kommen könnte – mit niedrigem Wachstum und nahezu stagnierenden Einkommen auf Jahre hinaus.

Obwohl die politischen Führungen auf beiden Seiten des Atlantiks behaupteten, sie hätten aus dem Fall Japan gelernt und machten prompt einige derselben Fehler. Inzwischen warnt selbst ein früherer Spitzenvertreter der US-Regierung, der Ökonom Larry Summers, vor einer langfristigen Stagnation.

## **Ungleichheit und globale Ungleichgewichte nehmen zu**

Der wesentliche Punkt, den ich vor einem halben Jahrzehnt ansprach, war, dass die US-Volkswirtschaft in einem grundlegenden Sinn bereits vor der Krise krank war. Es war lediglich eine durch lasche Regulierung und niedrige Zinssätze bedingte Vermögenspreisblase, die die Volkswirtschaft gesund erscheinen liess.

Unter der Oberfläche gab es jede Menge Probleme: Wachsende Ungleichheit, verschleppte Strukturreformen, Wandel von einer fertigungsgestützten Volkswirtschaft zu einer Dienstleistungswirtschaft, Anpassung an die sich ändernde globale Wettbewerbslandschaft und anhaltende globale Ungleichgewichte (siehe auch «Handelszeitung» Nr. 6 vom 6.2.2014 zur Ungleichheitsdebatte: «Kapitalismus – Erben oder reich heiraten»). Zudem war das Finanzsystem mehr auf Spekulation bedacht als auf Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, die Produktivität steigern und Überschüsse so verteilen, dass sich dadurch der gesamtgesellschaftliche Nutzen maximiert.

### **Versäumnisse und Verschärfungen**

Die Politik hat es in ihrer Reaktion auf die Krise versäumt, diese Probleme in Angriff zu nehmen. Schlimmer noch, sie verschärfte einige davon und schuf zusätzliche neue – und zwar nicht nur in den USA. Das Ergebnis waren steigende Schulden in vielen Ländern, da der Einbruch beim BIP die Staatseinnahmen schrumpfen liess. Ausserdem brachte der Investitionsmangel im öffentlichen und privaten Sektor eine Generation junger Leute hervor, die jahrelang untätig und in zunehmender Entfremdung verbrachten, und dies an einem Punkt ihres Lebens, wo sie ihre Fertigkeiten hätten verfeinern und ihre Produktivität steigern sollen.

Auf beiden Seiten des Atlantiks dürfte das BIP in diesem Jahr deutlich stärker steigen als 2013. Doch bevor jene politischen Führer, die sich für die Sparpolitik entschieden, den Champagner aufmachen und sich gegenseitig zuprosten, sollten sie prüfen, wo wir derzeit stehen, und sich den nahezu irreparablen Schaden vergegenwärtigen, den diese Politik angerichtet hat.

Jeder Abschwung geht irgendwann zu Ende. Das Kennzeichen guter Politik ist, dass sie den Abschwung erfolgreich kürzer und weniger tief macht, als er es sonst gewesen wäre. Das Kennzeichen der von vielen Regierungen verfolgten Sparpolitik ist, dass sie den Abschwung ohne Not deutlich vertiefte und verlängerte, mit langanhaltenden Folgen.

Das reale (inflationsbereinigte) BIP pro Kopf ist in den meisten Teilen des Nordatlantikraums heute niedriger als 2007: Die griechische Volkswirtschaft ist um schätzungsweise 23 Prozent geschrumpft. Deutschland, das europäische Land mit der besten Wirtschaftsentwicklung, wies während der letzten sechs Jahre ein armseliges Wachstum von durchschnittlich 0,7 Prozent pro Jahr auf. Die US-Wirtschaft ist noch immer rund 15 Prozent kleiner, als sie es selbst bei Beibehaltung des bescheidenen Trendwachstums vor der Krise gewesen wäre.

### **Die mittleren US-Realeinkommen liegen unter dem Niveau von 1989**

Doch selbst diese Zahlen erzählen noch nicht in aller Härte, wie schlecht es steht, weil das BIP kein guter Erfolgsmassstab ist. Viel relevanter ist die Entwicklung der Haushaltseinkommen. Die mittleren Realeinkommen in den USA liegen heute unter dem Niveau von 1989, also vor einem Vierteljahrhundert, und die mittleren Einkommen vollzeitbeschäftigter männlicher Arbeitnehmer sind heute niedriger als vor über 40 Jahren.

Einige, wie der Ökonom Robert Gordon, haben vorgeschlagen, dass wir uns an eine neue Realität anpassen sollten, deren langfristiges Produktivitätswachstum deutlich unter dem des letzten Jahrhunderts liegt. Angesichts der – sich in der Zeit vor der Krise widerspiegelnden – miserablen Erfolgsbilanz der Ökonomen selbst bei einem Vorhersagehorizont von drei Jahren sollte niemand viel Vertrauen in eine Kristallkugel setzen, die Vorhersagen mit einem

Zeithorizont von Jahrzehnten macht. Eines jedoch erscheint klar: Ohne eine geänderte Regierungspolitik steht uns eine lange Phase der Enttäuschungen bevor.

Die Märkte korrigieren sich nicht selbst. Die oben skizzierten grundlegenden Probleme könnten sich verschärfen, und viele tun es bereits. Ungleichheit führt zu einer schwachen Nachfrage. Zunehmende Ungleichheit schwächt die Nachfrage weiter – und in den meisten Ländern (einschliesslich der USA) hat die Krise die Ungleichheit lediglich verschärft.

Während sich die chinesischen Handelsüberschüsse abgeschwächt haben, haben sie sich in Nordeuropa sogar noch erhöht. Vor allem aber waren die Märkte noch nie besonders gut dabei, aus eigener Kraft schnell einen strukturellen Wandel hinzubekommen. Der Übergang von der Landwirtschaft zur Fertigungswirtschaft etwa verlief alles andere als reibungslos. Im Gegenteil: Er ging mit erheblichen gesellschaftlichen Verwerfungen und der Groen Depression einher.

### **Staaten hemmen den Wandel durch ihre Sparpolitik**

Das ist diesmal nicht anders, doch in gewisser Weise möglicherweise sogar noch schlimmer: Die Sektoren, die entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger wachsen sollten, sind Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit, die traditionell (aus gutem Grund übrigens) von der öffentlichen Hand finanziert werden. Doch statt dass der Staat den Wandel unterstützt, hemmt er ihn durch seine Sparpolitik.

Eine Malaise ist besser als eine Rezession und eine Rezession besser als eine Depression. Aber die Schwierigkeiten, vor denen wir nun stehen, sind nicht das Ergebnis der unerbittlichen Gesetze der Ökonomie, an die wir uns eben anpassen müssen, wie wir es bei einer Naturkatastrophe wie einem Erdbeben oder Tsunami täten. Sie sind nicht einmal eine Art von Busse, die wir für vergangene Sünden zahlen müssen – obwohl natürlich die während der letzten drei Jahrzehnte vorherrschende neoliberale Politik viel mit unserem aktuellen Dilemma zu tun hat.

Vielmehr sind unsere derzeitigen Probleme das Ergebnis einer falschen Politik. Es gibt Alternativen. Aber wir werden sie nicht in der Selbstzufriedenheit der Eliten finden, deren Einkommen und Aktienportfolios einmal mehr steil wachsen. Nur bestimmte Leute, so scheint es, müssen sich an einen dauerhaft niedrigeren Lebensstandard gewöhnen. Unglücklicherweise ist das die Mehrheit.

Joseph E. Stiglitz ist Nobelpreisträger für Ökonomie und Professor an der Columbia University. Zuletzt ist als Buch von ihm erschienen: «Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht».

© *Project Syndicate, 2014*